

"Es trifft die Schwächsten der Schwachen."

Interview: Ulrich Kelber (MdB) über Mittelkürzungen, das Waldsterben in NRW und die Überrumpelungspolitik der Regierung



Der Bonner Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber ist seit 2005 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Als Mitglied des geschäftsführenden Fraktionsvorstands bereitet der Diplomat-Informatiker alle Entscheidungen der Fraktion vor. Der fünffache Familienvater koordiniert verschiedene Politikbereiche und ist auch für Campus-Web Ansprechpartner für unterschiedliche Themenfelder. Mit Ansgar Skoda spricht Ulrich Kelber u. a. über das Waldsterben in NRW, die illegale Nichteinhaltung des Berlin-Bonn Gesetzes, Mittelkürzungen

in der Grundsicherung, die Europa-Krise und den Papst-Besuch im Bundestag.

Die Vereinten Nationen erklärten das Jahr 2011 zum internationalen Jahr der Wälder. 75% der Bäume in NRW sind krank, vermeldeten die Landesbetriebe Wald und Holz vor einigen Wochen. Finden Sie diesen unerwarteten Anstieg erschreckend?

Ulrich Kelber: Die neuartigen Waldschäden sind nach wie vor nicht im Griff, auch wenn die weitere Versauerung durch sauren Regen gestoppt wurde, sind die Böden nicht gut in Schuss und es gibt neue Schäden. Gleichzeitig haben wir einen zunehmenden Druck auf die Waldnutzung wegen weltweiter Nachfrage nach Bauholz und Bioenergien. Deswegen müssten wir von gesetzlicher Seite eigentlich den nachhaltiger Schutz bei der Waldnutzung regeln. Da kommt Deutschland beim Bundeswaldgesetz den Forderungen nicht nach. Vom UN-Jahr der Wälder war in Deutschland nicht viel zu hören. Ich hoffe, dass mit der jetzigen Landesregierung in NRW Verbesserungen eintreten. Wir müssen in einem Bundeswaldgesetz sagen, wir wollen eine nachhaltige Waldnutzung. Wir schreiben fest, was wir als Mindestanforderung bei der Bewirtschaftung erwarten. Wie findet der Bodenschutz statt? Wie groß dürfen Kahlschläge maximal sein? Wie muss die Wiederaufforstung passieren? Wie verhindern wir, dass moderne Erntemaschinen die Wurzeln aus dem Boden reißen und damit selbst den nachhaltigen Wald ärmer machen? Ein Ausschluss dieser Erntemaschinen wird momentan verweigert, weil sich ein paar Lobbyisten erfolgreich dagegen wehren. Die meisten Waldbauern haben eine andere Einstellung zum Wald. Diese Waldbauern holen sich in der Regel nicht selbst den Reichtum aus dem Wald, sondern in der Regel den Reichtum, den ihre Großeltern vorbereitet haben. Sie arbeiten selber schon für Nachhaltigkeit und dafür, dass auch der Enkel sich etwas aus dem Wald holen kann. Das muss auch in gesetzlicher Form von denen, die nicht nachhaltig im Wald arbeiten, verlangt werden. Der Wald ist nur so gut wie der schwächste Teil des Waldes.

Bonn profitiert strukturell vom Berlin-Bonn-Gesetz, weil zahlreiche Bundesämter nun ihren Hauptsitz in Bonn haben. Thomas de Maizière möchte große Teile des Verteidigungsministerium nach Berlin verlegen und äußerte sich kritisch zum Berlin-Bonn-Gesetz. Wie sehen Sie perspektivisch die Regelungen des Gesetzes?

Es hätte keinen Berlin-Beschluss gegeben ohne die Einigung auf eine dauerhafte faire Arbeitsteilung mit Bonn. Ohne die Einigung hätten die Berliner keine Mehrheit im Parlament gehabt. Man kann nicht, wenn man eine Abstimmung gewonnen hat, den zugesagten Anteil einfach nicht mehr zu erfüllen. De Maizière ist Minister einer deutschen Bundesregierung. Ich erwarte, dass er sich an Recht und Gesetz hält. Wenn er sich eine Mehrheit sucht, um das Gesetz zu verändern, wäre das ein politischer Skandal, kein rechtlicher Skanda

mehr. Jetzt versucht er ein bestehendes Gesetz nicht einzuhalten. Das ist rechtswidrig. Das dürfen wir ihm auch nicht durchgehen lassen.

Glauben Sie, dass es in 20 Jahren noch Bundesministerien im Bonner Raum gibt?

Ich glaube, dass Deutschland davon profitieren würde, wenn in Bonn weiterhin Bundesministerien bleiben. Bonn würde nicht nur aus einem föderalen Aspekt heraus profitieren, sondern auch weil für bestimmte Aufgaben in Bonn mehr Aufmerksamkeit ist. Hier sitzen internationale Organisationen wie etwa UN-Einrichtungen der Vereinten Nationen mit über tausend Mitarbeitern. Auch die Nähe zu Brüssel ist eine andere als in Berlin. Wir werden noch in zwanzig Jahren Bundesministerien und oberste Bundesbehörden in Bonn haben.

Mit Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch hat De Maizière ja auch bereits gesprochen...

Nimptsch hat ihm auch gesagt, dass er seine Entscheidung für falsch hält. Er ihn daran erinnert, dass das Berlin-Bonn-Gesetz die Mehrheit der politisch Beschäftigten in Bonn vorsieht. Das Gesetz wird jetzt schon nicht mehr eingehalten. Die Idee von Herrn Mazière mal eben weitere tausend Mitarbeitern nach Berlin abziehen ist rechtswidrig.

Kommen wir zur Gesundheitspolitik. Das von der Bundesregierung beabsichtigte Versorgungsstrukturgesetz sieht eine Neuordnung des Behandlungsangebots im Gesundheitssystem vor. Besonders gravierend ist derzeit die Unterversorgung im Bereich der ambulanten Psychotherapie. Dort bestehen im Bundesdurchschnitt Wartezeiten auf ein Erstgespräch von 3 Monaten, obschon es formal rechnerisch eine sogenannte Überversorgung gibt. Nun ist von der Regierung beabsichtigt, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen bei Überversorgung Kassensitze aufkaufen und dann schließen können. Das heißt also, dass mit unseren Krankenkassenbeiträgen nicht die Behandlung bezahlt wird, sondern aktiv für eine Verknappung des Behandlungsangebots gesorgt wird. Wie steht die SPD dazu?

Viele Psychotherapeuten sehen das sehr negativ und haben uns angeschrieben. Wir lehnen das Gesetz ab und sagen als SPD, dass man die Gesundheitspolitik nicht einem Minister übertragen sollte, der einer kleinen Ständelobby hörig ist. Das Gesetz ist nicht einmal der Wunsch aller Ärzte. Die meisten Ärzte wollen eine gute Versorgung und keine bestmögliche Einnahmequelle haben. Da hat vor allem Rösler ganz schlimme Vorarbeiten geleistet. Das Gesetz ist im Grundsatz falsch. Wir müssen die auskommende Versorgung, auch die gute Versorgung in ländlichen Bereichen ganz anders organisieren und nicht ein Gesetz erlassen mit dem billigen Versuch weitere Bonusgelder auszuschütten. Wir werden das Gesetz ablehnen.

Ein großes Thema sind im Moment die Kürzungsbeschlüsse bei den Förderinstrumenten für Arbeitssuchende. Die Bundesregierung beschloss Milliardenkürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik im Haushalt des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit. Der Existenzgründungszuschuss ist in diesem Monat radikal gekürzt worden und auch in anderen Bereichen wird gespart. Wie setzt sich die Opposition gegen diese Beschlüsse ein?

Nur in wenigen Bereichen muss der Bundesrat zustimmen. Wir haben als SPD aber durchaus Hoffnungen beim Gründungszuschuss im Bundesrat etwas positiv bewegen zu können. Die radikale Kürzung um fast ein Drittel bei den Arbeitsgelegenheiten können wir dort nicht verhindern. Es trifft die Schwächsten der

Schwachen. Schade, dass der Aufschrei in der Gesellschaft am Anfang so klein war. Ich habe es selber in Bonn festgestellt: Als ich mich beschwert habe, kam keine Reaktion in den Medien. Als jetzt eine Kultureinrichtung schloss, die mit solchen Arbeitsgelegenheiten arbeitet, hat dieser Umstand auf einmal Redakteure interessiert. Eigentlich müssten wir in Deutschland den Aufschwung am Arbeitsmarkt nutzen, um diejenigen, die lange Zeit arbeitslos gewesen waren, in Lohn und Brot zu bringen. Das geht nur, indem man Finanzmittel für Förderungen aufwendet, Langzeitarbeitslose wieder an Arbeit heranführt und sie auch in all ihren Schwächen annimmt. Dafür braucht man Geld. Wir werden wichtige Einrichtungen zur Weiterbildung und Qualifizierung in den nächsten Monaten verlieren. Diese Verluste werden grundlegend sein. Selbst, wenn es eine neue Regierung in zwei Jahren anders macht, werden überhaupt nicht mehr genügend Leute da sein, um die Qualifizierungsmaßnahmen neu zu organisieren. Wir werden lange brauchen, um wieder die jetzige Qualität zu erreichen.

Wird es in Zukunft ausreichend Angebote für Langzeitarbeitslose und Berufseinsteiger geben?

Es wird schwierig werden, fachnahe Weiterqualifizierungen zu bekommen. Sprachkurse und ähnliches, die z. B. junge Zuwanderer in Lohn und Brot bringen oder auch die Finanzierung einer Ausbildung für jemanden mit 45, der eine Pflegefachkraft werden will, werden seltener werden. Es wäre jetzt die große Chance gewesen, hier Programme anzubieten. Eigentlich müssten wir aus der Erwerbslosenversicherung längst eine Erwerbstätigenversicherung machen, deren Ziel es ist zu verhindern, dass Leute arbeitslos werden. Auf Dauer würde sich das auch rechnen. Der Aufschwung wäre gut gewesen, um zu sagen, die frei werdenden Mittel nutzen wir um an den hartnäckigen Stellen zu arbeiten. Stattdessen wird ein Wettlauf um die Absenkung der Beiträge gemacht.

Der Wahlerfolg der Piraten spricht dafür, dass sich die Menschen durch die etablierten Parteien heute weniger repräsentiert fühlen. Sollten Spitzenpolitiker Ihrer Meinung nach mal ein Hartz-IV-Praktikum machen, um das reale Leben von Menschen in Armut nachvollziehen zu können?

Politiker gehören zu den Menschen, die selber nicht sozial schwach sind. Wir haben aber zu allen Gruppen in der Bevölkerung direkten persönlichen Zugang, während viele Leute nur noch zu ihrem eigenen Milieu Kontakt haben. Dies gilt übrigens insbesondere auch für die Medienmacher. Hartz IV wird aus meiner Sicht oft auch überzogen dargestellt. Für die Menschen, die früher Sozialhilfe bekommen haben, war es keine Verschlechterung. Die Frage ist, wie mit diesen Menschen umgegangen wird und welche Perspektiven sie aus dieser Situation heraus entwickeln können. Das wir insgesamt in einer Situation der sozialen Verunsicherung sind, nicht nur wegen internationaler Krisen, sondern, weil noch nicht klar ist: Wie sieht eigentlich die nächste Wohlstandsgesellschaft aus? Die heutige Form des Wohlstands läuft langsam aus. Wie sieht eigentlich der Wohlstand in zehn oder zwanzig Jahren aus?

Zum Thema Piraten: Man muss der jetzigen Regierung insbesondere einen Vorwurf machen: Ihre Art und Weise von Geheimhaltung und Überrumpelungspolitik, von der Missachtung des Parlamentes, auch der Missachtung von bestehenden Gesetzen – jetzt nicht nur das Berlin-Bonn Gesetz, es gab auch eine Reihe von anderen Gesetzen, die nicht angewendet wurden - führen zu einer unglaublichen Politikverdrossenheit, die nicht nur die Regierungsparteien direkt betrifft, sondern die insgesamt eine Verabschiedung von der Demokratie mit sich bringt. Ich versuche mich in den Kopf eines Nichtpolitikers zu versetzen, der gehört hat, Griechenland braucht keine Hilfe, keinen Cent Steuermittel für Griechenland, keinen Schuldenschnitt. Alle Weissagungen und felsenfesten Zusagen der Bundeskanzlerin gelten nur etwa einen Monat. Der Nichtpolitiker glaubt doch auch dem nächsten Politiker irgendwann nichts mehr. Davon profitieren die Piraten, auch wenn sie sich gerade in den Umfragen schon wieder halbiert haben. Es wird sich zeigen, ob der

Piratenhype hält. In der Sozialpolitik haben die meines Wissens überhaupt noch nichts an Angebot vorgelegt. Auch der Fakt, dass so wenige Frauen in dieser Partei sind, ist bedenkenswert. Da nur „post-gender“ zu sagen, ist ein bisschen dürftig.

Reden wir über die aktuelle Wirtschaftspolitik. Zunehmend wird über die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer (FTT) debattiert. Frau Merkel setzt sich für diese ein, die FDP ist jedoch dagegen. Könnte die FTT voraussichtlich bald in Deutschland oder europaweit eingeführt werden?

Auch Frau Merkel hat sie lange Zeit abgelehnt und nicht wirklich verfolgt. Jetzt ist sie nach eigener Aussage dafür, allerdings immer mit dem Trick, wie die FDP auch, zu sagen, nur eine europaweite FTT zu wollen. Wir sind der Meinung, man kann sie einführen, auch wenn erst einmal nur einige wenige Staaten mitmachen. Also wenn Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten mitmachen, haben wir erst einmal schon einen Kern. Wir müssen dann eventuell akzeptieren, dass die eine oder andere Spekulation aus Deutschland nach London zieht. England weigert sich mitzumachen, weil es ihr Rettungsanker ist, auch die letzten parasitären Finanzgeschäfte mitzumachen.

Könnte die FTT die Märkte destabilisieren oder den Preisfindungsprozess stören?

Ich hoffe sehr, dass sie den Preisfindungsprozess stört. Ich hoffe, dass sich bestimmte Dinge einfach nicht mehr lohnen, weil die Umschichtungen jeweils mit einem Steuerbetrag belegt sind. Das wäre das Beste, was uns passieren könnte.

Wofür würden die eingenommenen Mittel eingesetzt?

Die würden gesetzesgemäß zunächst in den allgemeinen Haushalt gehen. Wir benötigen diese Mittel auch für zahlreiche Investitionen. Die SPD hat ein Finanzen- und Abgabekonzept vorgelegt, das auch eine Reihe von Steuererhöhungen enthält. Wir wollen die Verschuldung reduzieren und insbesondere 20 Milliarden Euro mehr für Bildung investieren. Wir wollen die Kommunen finanziell besser ausstatten. Da wir nicht alleine entscheiden können, ob die FTT kommt, haben wir sie in diesem Konzept noch nicht eingerechnet. Käme sie, würden wir versuchen, noch schneller bei den Schulden herunterzukommen. Deutschlands Schuldenstand ist hoch, zu hoch. Wir würden versuchen, Investitionen in die Infrastruktur und die im Augenblick nicht mehr erfüllten Zusagen Deutschlands für internationale Entwicklungszusammenarbeit zu stärken. Deutschland kommt seinen zugesagten internationalen Verpflichtungen nicht nach.

Im zweiten Teil spricht Ulrich Kelber über die Euro-Krise, die Generation Praktikum und den Papst-Besuch im Bundestag.

Autor: Ansgar Skoda **Bild:** Ansgar Skoda / 13.12.2011

Artikel drucken